



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Toni Schuberl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zusammenarbeit von Polizei und Maßregelvollzug verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zusammenarbeit zwischen Maßregelvollzug und Polizei insbesondere in konkreten Gefahrensituationen zu verbessern. Hierzu sind

- technische Einrichtungen zur unmittelbaren Notfallalarmierung der Polizei in den Pforten der Maßregelvollzugsanstalten einzubauen,
- standardisierte sichere digitale Schnittstellen zur Übermittlung von Informationen aus dem Forensischen Informationssystem (u. a. Gefährdungsbeurteilungen und Fahndungsmaterial) an die Polizei zu schaffen,
- gesonderte Fortbildungen für den Ersteingriff der nahegelegenen Polizeidienststellen bei Gefahrensituationen in den und im Umfeld der Maßregelvollzugsanstalten zu entwickeln.

Begründung:

Die gewaltsame Flucht von vier Personen aus dem Bezirksklinikum Straubing hat Fragen zu Sicherheitsvorkehrungen in Bezirkskliniken allgemein aufgeworfen. Den Tätern gelang es, sich den Weg aus dem Klinikum durch Geiselnahme zu erpressen. Aus der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage zur Zusammenarbeit zwischen Polizei und Maßregelvollzug geht hervor, dass derzeit keine besonderen technischen Einrichtungen zur Alarmierung der Polizei im Notfall bestehen. Auch eine standardisierte digitale Übermittlung von Informationen zu Entflohenen scheint nicht der Fall zu sein, hierzu ist dringend eine feste Schnittstelle zu schaffen. Zuletzt erfordert der Umgang mit psychisch erkrankten Straftätern eine besondere Ausbildung. Bis zum Eintreffen spezialisierter Kräfte sollten die ersteintreffenden Kräfte der Polizei bestmöglich für den Umgang geschult sein.